

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der AfD**

**zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**  
**- Drucksache 6/7279 -**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**- Drucksache 6/6669 -**  
**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2020 (Thüringer Haushaltsgesetz 2020 - ThürHhG 2020 -)**

### **Innere Sicherheit stärken**

Die Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert:

1. Im Einzelplan 05, Kapitel 05 02 wird ein neuer Titel 537 73 mit der Bezeichnung "Abschiebeoffensive 2020" mit einem Ansatz von 33 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2020 eingefügt.
2. Beim neuen Titel 537 73 in Kapitel 05 02 wird folgender Vermerk eingefügt: "Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt aus den Rücklagen bei Kapitel 1716 Titel 359 01."
3. Beim neuen Titel 537 73 in Kapitel 05 02 wird folgende Erläuterung eingefügt: "Thüringen braucht eine Abschiebeoffensive, denn die Gründe für das Scheitern der geplanten Abschiebungen sind genauso bunt und vielfältig wie die Abzuschiebenden selbst."
4. Im Einzelplan 17, Kapitel 17 20 wird ein neuer Titel 633 03 mit der Bezeichnung "Feuerwehrlastenausgleich" mit einem Ansatz von 10 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2020 eingefügt.
5. Beim neuen Titel 633 03 in Kapitel 17 20 wird folgender Vermerk eingefügt: "Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt aus den Rücklagen bei Kapitel 1716 Titel 359 01."
6. Beim neuen Titel 633 03 in Kapitel 17 20 wird folgende Erläuterung eingefügt: "Über diese Mittel verfügt der Minister für Inneres und Kommunales - Zuweisung des Landes zum Ausgleich besonderer kommunaler Belastungen im Bereich der persönlichen Schutzausrüstung Freiwilliger Feuerwehren."

**Begründung:**

Zur konsequenten Durchsetzung von Recht und Gesetz sind Abschiebungen von ausreisepflichtigen Menschen notwendig.

Die Finanzknappheit in den Kommunen hat mittlerweile erschreckende Ausmaße angenommen. Teilweise kaufen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Teile ihrer persönlichen Schutzausrüstung mit privatem Geld. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar und wird mit Hilfe dieses Antrags beendet.

Für die Fraktion:

Kießling